

# Wirtschaftler



KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH



Hannes Amesbauer,  
steirischer Spitzenkandidat für  
die Nationalratswahl 2019

Mario Kunasek,  
FPÖ-Landesparteiobmann

# Jetzt erst recht!

Massive Zunahme von Aufgriffen illegaler Asylanten in der Steiermark

Interview mit Norbert Hofer

SPÖ-Mindestsicherungs-skandal der Superlative



# Vorwort

## Liebe Leserinnen und Leser!

In der aktuellen Ausgabe des „Wir-Steirer“ thematisieren wir die brennendsten politischen Themen in der Steiermark. Nachdem ÖVP-Chef Sebastian Kurz die Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ aus strategischen Überlegungen aufkündigte, bin ich seit Mai auch wieder als Klubobmann im Landtag Steiermark tätig. Die ersten Wochen waren geprägt von einem Mindestsicherungsskandal der Superlative, der nur durch die konsequente Politik der Freiheitlichen aufgedeckt werden konnte. Auf den folgenden Seiten finden Sie jedoch nicht nur alle Informationen zu den Missständen im Bereich Sozialhilfe, sondern auch die entlarvenden Erkenntnisse des Landesrechnungshofs zum steirischen Asylwesen.

Natürlich berichten wir in dieser Ausgabe auch über die freiheitlichen Zielsetzungen für die bevorstehenden Nationalratswahlen. Unser Bundesparteiobmann Norbert Hofer und der steirische Landesspitzenkandidat Hannes Amesbauer werden im Wahlkampf für eine heimatverbundene Politik werben, die sich nicht den ungezügelt Globalisierungswünschen des politischen Mitbewerbers unterwirft.

Des Weiteren hat sich unser Redaktionsteam dem Thema Gewalt an Schulen gewidmet. Hier zeichnet sich eine beängstigende Entwicklung ab, der es seitens der Politik entscheiden zu begegnen gilt. Abschließend wünsche ich Ihnen viel Vergnügen beim Lesen und einen erholsamen Sommer.

**Ihr Mario Kunasek,  
FPÖ-Landesparteiobmann und  
Klubobmann im Freiheitlichen  
Landtagsklub**



## Inhalt

	Seite
Schlimmste Befürchtungen bestätigt – SPÖ-Mindestsicherungsskandal der Superlative!	4-5
Interview mit Ing. Norbert Hofer, design. Bundesparteiobmann der FPÖ	6-7
Angriffe auf Spitalsmitarbeiter sind längst trauriger Alltag	8-9
Rotes Chaos setzt sich auch im Asylsystem fort!	10-11
Politischer Aufwecker: In der Zuwanderungspolitik zeichnet sich ein fataler Sinneswandel ab	12
Verteidigungsminister der Übergangsregierung torpediert wertvolle Maßnahmen für das Bundesheer und die Steiermark	12-13
Tatort Schule: Lehrer fordern Sanktionen gegen aggressive Schüler	14-15
Kurz notiert	16
Förderungsbericht des Landes Steiermark 2018	17
Kunasek als neuer Klubobmann angelobt	18
Glyphosatverbot endlich auf Schiene	19



„Das Sicherheitsrisiko für unsere Bevölkerung ist viel zu hoch. Jene, die jetzt zurückkehren wollen, haben alles, wofür unsere Gesellschaft steht, bekämpft und sind nicht klüger geworden, sondern haben eine Niederlage erlitten.“  
(Appell von FPÖ-Kickl an Übergangsregierung, IS-Kämpfer nicht nach Österreich zurückzuholen.)



## Amesbauer geht als steirischer Spitzenkandidat ins Rennen

Am 18. Juni wurde im Rahmen einer Pressekonferenz der steirische Spitzenkandidat für die kommende Nationalratswahl im Herbst präsentiert. Wie bereits in der letzten Wahlauseinandersetzung wird auch diesmal Hannes Amesbauer unsere freiheitliche Mannschaft anführen. Der aus Neuberg an der Mürz stammende Nationalratsabgeordnete steht bereits seit zehn Jahren der FPÖ Bruck-Mürz-zuschlag als Bezirksparteiobmann vor, seit 2015 ist er Vizebürgermeister der Marktgemeinde Neuberg an der Mürz.

Vor seinem Einzug in den Nationalrat im Jahr 2017 war Hannes Amesbauer sieben Jahre als Abgeordneter im Steiermärkischen Landtag tätig und übte zwischen 2014 und 2015 auch die Funktion des Klubobmanns aus. Der 38-Jährige ist gelernter Steinmetz und absolvierte im zweiten Bildungsweg das Studium der Politikwissenschaften. Die inhaltlichen Schwerpunkte für den Wahlkampf werden in der Bildungs-, Migrations- und Sicherheitspolitik liegen. Zudem ist ihm die Stärkung des ländlichen Raums ein besonderes Anliegen.



Gruppenfoto nach der Pressekonferenz: Stefan Hermann, Hannes Amesbauer und Mario Kunasek.



**TOP:** Mit dem Nationalratsbeschluss zur jährlichen Anpassung des Pflegegeldes für alle Pflegestufen ab dem Jahr 2020 wird eine langjährige freiheitliche Forderung umgesetzt.



**FLOP:** SPÖ-Soziallandesrätin Doris Kampus ist für das Mindestsicherungschaos in der Steiermark verantwortlich.



Im Zuge der letzten Landesvorstandssitzung wurde Hannes Amesbauer einstimmig zum Listenersten gewählt. In seinen bisherigen Funktionen als Mandatar hat er sich nie ein Blatt vor den Mund genommen und Probleme immer mit der notwendigen Deutlichkeit angesprochen.

Bereits 2017 hat Hannes Amesbauer gezeigt, dass er einen erfolgreichen Wahlkampf hinlegen und freiheitliche Kernthemen hervorstreichen kann. Es steht außer Frage, dass in der Sicherheits-, Migrations- und Familienpolitik die FPÖ als soziale Heimatpartei den Ton angegeben hat und somit maßgeblich für die wichtigsten Maßnahmen verantwortlich war.

Die Freiheitlichen werden hervorstreichen, dass die FPÖ-Minister in ihrer Amtszeit hervorragende Arbeit geleistet haben und die Triebfeder der türkis-blauen Bundesregierung waren. Die Zukunftsthemen liegen auch klar auf der Hand: Diese erstrecken sich von einer ausgewogenen Steuerpolitik über das Sicherheits- und Migrationsthema bis hin zu einem zukunftsorientierten Bildungswesen. Speziell im schulischen Bereich muss auch den oftmals kulturell bedingten Konflikten begegnet werden. Bei Gewaltakten unter Schülern darf es kein Wegsehen geben.

## Umkehrschub in der Asyl- und Sicherheitspolitik: Massive Zunahme von Aufgriffen illegaler Asylanten in der Steiermark



Seit die FPÖ nicht mehr Teil der Bundesregierung ist, schnellt die Zahl illegal eingewanderter und aufgegriffener Asylanten wieder in die Höhe.

Unlängst wurde bekannt, dass in den vergangenen Wochen – just nach der Sprengung der türkis-blauen Koalition durch Altkanzler Kurz und dem Ausscheiden der FPÖ aus der Bundesregierung und vor allem aus dem Verteidigungs- und Innenministerium – ein Hochschnellen der Zahlen illegal eingewanderter Asylanten zu verzeichnen war. Insgesamt wurden im letzten Monat etwa 118 illegale Migranten zwischen Spielfeld und Werndorf aufgegriffen. Viel schockierender als die ohnehin alarmierende Tatsache, dass ein derartiger Anstieg an illegal Zugewanderten zu registrieren ist, ist allerdings der Umstand, dass diese Aufgriffe im Verborgenen blieben. Dass sich hier die Regierung selbst und ihren Behörden möglicherweise einen Maulkorb verpasst hat und die Bevölkerung trotz eines zunehmenden Asylstroms in falscher Sicherheit wiegt, ist verwerflich. Die FPÖ Steiermark tritt für die Sicherung unserer Grenzen sowie die Information der Öffentlichkeit ein. Auch 2015 versuchte man angesichts bevorstehender Wahlen die Menschen zu täuschen. Das fatale Ergebnis haben die Steirer noch in schrecklicher Erinnerung: Fast 12.000 Asylanten waren alleine in der Steiermark am Höhepunkt des Asylchaos zu versorgen!

Die FPÖ war 2017 in die Bundesregierung eingetreten, um mit dem überkommenen rot-schwarzen Asylsystem, das eine undifferenzierte Masseneinwanderung nicht nur duldet, sondern sogar forcierte, aufzuräumen. Tag für Tag, Monat für Monat arbeitete der ehemalige FPÖ-Innenminister Herbert Kickl die rot-schwarzen Sünden der Vergangenheit auf und sorgte, ganz im Sinne der Österreicher, für Ordnung im Asylchaos, das 2015 über unser Land hereingebrochen war. Es war absehbar, dass mit dem Ausscheiden der FPÖ diese konsequente Sicherheits- und Asylpolitik nicht aufrechterhalten werden würde, doch mit welcher Konsequenz man vom ersten Tag an die Errungenschaften gegen illegale Migration rückgängig machte, schockierte selbst langjährige Politbeobachter.

Es gilt zu hinterfragen, inwieweit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und die für Asyl zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampus über die zunehmenden Grenzübertritte informiert waren und ob sie bewusst die steirische Bevölkerung im Dunklen darüber ließen. Die FPÖ wird jedenfalls auf allen politischen Ebenen dafür kämpfen, einen Rückfall in die unseligen Monate des Asylchaos zu verhindern.



# Schlimmste Befürchtungen bestätigt: SPÖ-Mindestsicherungsskandal der

Auf Antrag der Freiheitlichen prüfte der Landesrechnungshof (LRH) den Vollzug und die Kontrolle der Mindestsicherung und konstatierte „Feuer am Dach“: Gesamtkosten von rund 450 Millionen Euro und zahlreiche Missstände führten zu Misstrauensantrag gegen die rote Mindestsicherungslandesrätin Kampus!

Im vergangenen Jahr initiierte die FPÖ die Prüfung des Vollzugs und der Kontrolle der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Die seit Mitte Juni vorliegenden Ergebnisse sprechen für sich: So wurden Leistungen der Sozialhilfe teils ohne Rechtsgrundlage zuerkannt und ausgeschüttet. Fehlerhaft berücksichtigte Haushaltseinkommen führten zu Unrecht ausbezahltem Steuergeld. Besonders schwer wiegt auch die Feststellung, dass Verwaltungsübertretungen in der Regel nicht verfolgt und bei Strafbehörden nicht zur Anzeige gebracht sowie Rückzahlungsforderungen nicht einmal geprüft wurden.

## Freiheitliche stellen zur Aufklärung Sondersitzung des Landtags sicher!

Während die Sozialreferentin über Monate dem Landtag die Geschichte von einem vorbildhaften steirischen Mindestsicherungssystem erzählte, wusste der LRH als unabhängiges Prüforgan vom Gegenteil zu berichten. Malversationen, Rechtsbrüche und Verfeh-

lungen, die dieser in seinem Bericht feststellte, veranlasste die Freiheitlichen dazu, einen Sonderlandtag einzuberufen, in dessen Rahmen FPÖ-Klubobmann Mario Kunasek eine Dringliche Anfrage an Soziallandesrätin Kampus stellte. Im Zuge der Beantwortung war vom zuständigen Regierungsmitglied bedauerlicherweise keinerlei Bereitschaft zu erkennen, die massiven Missstände aufzuarbeiten und für die dringend notwendige Transparenz zu sorgen.

## Rote Realitätsverweigerung führte zu erstem Misstrauensantrag der Landtagsperiode

Die von den Freiheitlichen in der Sonderlandtagsitzung eingebrachten Entschließungsanträge, welche zur Aufarbeitung der Probleme des roten Chaosmodells der Mindestsicherung beitragen sollten, wurden von Rot und Schwarz allesamt abgelehnt. Schnell wurde ersichtlich, dass die rote Landesrätin den Ernst der Lage völlig verkannte und



## Interview mit Mario Kunasek

(FPÖ-Landesparteiobmann und Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs)

**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Die FPÖ hat es in Sachen Mindestsicherung immer schon gewusst, das steht nun fest.**

**Kunasek:** Die FPÖ warnt tatsächlich seit Jahren vor den Missständen im „System Kampus“, wo ohne Not und Kontrolle die soziale Hängematte propagiert wurde. Dennoch hat uns die Dimension der Auswüchse schockiert. Während Landesrätin Doris Kampus wortreich ihr katastrophales Wirken verteidigte, wurden Rechtsnormen reihenweise mit Füßen getreten. Die finanz- und sozialpolitischen Auswirkungen des Berichts werden uns noch lange beschäftigen.

**Wir Steirer: Welche konkreten Schritte haben Sie nach Bekanntwerden dieses Megaskandals gesetzt?**

**Kunasek:** Es war für alle klar, dass man hier nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnte, weshalb wir umgehend einen Sonderlandtag einberiefen. Leider fehlte es dem sozialistischen Regierungsmitglied völlig an Unrechtsbewusstsein und einmal mehr wurden die Aufklärungsversuche der FPÖ in einer herablassenden Art und Weise torpediert.

**Wir Steirer: Wie haben Sie auf diese fehlende Führungsverantwortung reagiert?**

**Kunasek:** Die Situation ließ keinen anderen Schluss zu, als der Sozialreferentin das Vertrauen zu versagen, denn die Inhalte des Prüfberichts sind definitiv ein Skandal. Viel schändlicher ist allerdings die Umgangsweise der zuständigen Landesrätin mit den darin enthaltenen Feststellungen. Anstatt für die selbst verschuldeten massiven Missstände geradestehen, versuchte sie die Fehler auf die Mitarbeiter



der Bezirksverwaltungsbehörden abzuwälzen. Das Vertrauen in diese Landesrätin ist jedenfalls nicht mehr vorhanden. Sie hat jahrelang ein Chaosmodell geduldet und den Steirern damit vermutlich Millionen gekostet. Das letzte Wort in Sachen Mindestsicherungsskandal ist auch parlamentarisch noch nicht gesprochen.

**Wir Steirer: Welche weiteren Schritte werden Sie setzen?**

**Kunasek:** Mit einem Untersuchungsausschuss wäre die maximal mögliche Aufklärung gewährleistet. Landesrätin Kampus hat andauernd von Fehlern gesprochen, die gemacht wurden. Vermisst haben wir jedoch die Übernahme der politischen Verantwortung und das Eingeständnis von eigenem Fehlverhalten. Ich lade alle Abgeordneten ein, die an einer restlosen Aufklärung interessiert sind, das Verlangen zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu unterstützen, auch im Sinne unserer steirischen Gemeinden, die 40 Prozent der ausbezahlten Mittel zu stemmen haben und noch immer auf die von der Beharrungspartnerschaft SPÖ und ÖVP versprochene Reform der Sozialhilfeverbände warten.

**Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!**

# Superlative!

weiterhin am System der sozialen Hängematte, von dem mittlerweile Massen an Asylanten profitieren, festhalten wollte. Deshalb brachte Marco Triller für die FPÖ schließlich einen Misstrauensantrag gegen Doris Kampus ein. Zwar wurde dieser abgelehnt, doch gilt Kampus mittlerweile auch in der ÖVP als schwer angezählt.

## Untersuchungsausschuss gefordert!

Die Freiheitlichen versuchten jedoch nicht nur im Landtag, sondern auch im Kontrollausschuss die Hintergründe aufzuklären und die politische Verantwortung festzumachen. Aufgrund des Umfangs der Missstände braucht es aus freiheitlicher Sicht einen Untersuchungsausschuss, um mit den notwendigen Ressourcen und voller Akteneinsicht diesen Skandal der Sonderklasse aufzuarbeiten. Ein entsprechendes freiheitliches Verlangen müsste neben den 14 Abgeordneten der FPÖ noch zusätzlich von mindestens zwei weiteren Mandataren unterstützt werden. Bisher wurde ein bereits eingebrachtes Begehren abgelehnt.



# Interview mit **Ing. Norbert**



**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Bundesparteiobermann! Wie erlebten Sie die vergangenen Wochen?**

**Hofer:** Es waren sehr turbulente Tage, mit denen niemand gerechnet hat. Auch, dass ich nun an der Spitze der FPÖ als Obermann stehe, war so nicht geplant. Aber das ist offenbar mein Schicksal. Ich wollte auch nie bei der Wahl zum Bundespräsidenten kandidieren. Am Ende haben mich rund zwei Millionen Menschen

gewählt. Die Phase ab der Veröffentlichung des Ibiza-Videos war wirklich herausfordernd. Es ist aber gemeinsam mit dem Bundespräsidenten und den anderen Parteien gelungen, auf Basis unserer Verfassung die Staatsgeschäfte fortzuführen.

**Wir Steirer: Es gab anscheinend eine Vereinbarung zwischen der FPÖ und Sebastian Kurz, dass bei einem Rücktritt des Vizekanzlers die Arbeit im Sinne des**

**Regierungsprogrammes weitergeführt wird. Können Sie unseren Lesern die genauen Hintergründe dieser Abmachung erklären?**

**Hofer:** Am Abend der Veröffentlichung des Videos sowie am folgenden Samstagvormittag war die Situation jene, dass die ÖVP nach den erfolgten Rücktritten von Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus und einer damit einhergehenden Regierungsumbildung die so

# Hofer

## Designierter Bundesparteiobmann der FPÖ

erfolgreich arbeitende Koalition fortführen wollte. Erst im Laufe des Samstags kam plötzlich die Forderung, dass auch Innenminister Herbert Kickl gehen müsse.

**Wir Steirer: Wie kam es Ihrer Meinung nach zur Forderung nach einem Rücktritt unseres Innenministers Herbert Kickl als Bedingung für die Weiterführung der Koalition?**

**Hofer:** Da war mit Sicherheit viel Druck aus den von der Alt-ÖVP dominierten Bundesländern mit im Spiel – allen voran aus Niederösterreich. Offenbar wurde es Sebastian Kurz nie verziehen, dass er das Innenministerium aus schwarzen Händen gegeben hat. Und im Zuge des Videos erschien der Moment günstig, sich dieses Ressort wieder zurückzuholen. Im BMI wurden offenbar in den letzten Jahren und Jahrzehnten schwarze Machtstrukturen aufgebaut, die nun durch einen blauen Innenminister in Gefahr waren.

**Wir Steirer: Wie beurteilen Sie die politischen Mitbewerber?**

**Hofer:** Wie die letzten Tage im Parlament gezeigt haben, gibt es eine intakte Gesprächsbasis zu allen dort vertretenen Parteien. Es wurden noch viele Anträge auf den Weg gebracht, die wichtig für Österreich sind. Zur ÖVP ist die

Beziehung aufgrund des Vertrauensbruchs ein wenig unterkühlt, aber nicht vollends zerrüttet. Die 17 Monate der gemeinsamen Arbeit waren erfolgreich. Beide Parteien haben sich ja auch verpflichtet, die gemeinsam gefassten Beschlüsse nicht rückgängig zu machen.

Die ÖVP hat sich im Bereich einiger Punkte aus dem Innenressort und beim Rauchergesetz leider nicht darangehalten. Das wird ihr aber in erster Linie Probleme innerhalb der eigenen Gefolgschaft bringen. Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer hat ja bereits angekündigt, dass den Wirten die Ausgaben für bessere Lüftungsanlagen und eine bauliche Trennung ihrer Lokale in Raucher- und

Nichtraucherbereich rückerstattet werden müssen, sofern Rot und Schwarz das generelle Rauchverbot in der Gastronomie durchsetzen. Das wird noch ein spannendes Match.

Auch bei der Frage nach dem Wahltermin hat die ÖVP unverständlich agiert. Sie wollte am 15. September wählen, um den Menschen angeblich einen langen Wahlkampf zu ersparen. Die einzige Partei, die tatsächlich bereits im Juni den Wahlkampf gestartet hat, ist die ÖVP.

**Wir Steirer: Welche Themen sind Ihnen ein besonderes Anliegen, die es noch bis zur NR-Wahl abzuarbeiten gilt?**

**Hofer:** Durch das abrupte Ende der türkis-blauen Regierung sind zahlreiche wichtige Projekte auf Eis gelegt worden. Wir bemühen uns, so viele davon wie möglich noch im Parlament beschließen zu können. Ich denke hier beispielsweise an die Anhebung der Mindestpension auf 1.200 Euro netto – eine längst überfällige und daher auch von der FPÖ in die Regierung gebrachte Initiative. Auch bei der Parteienfinanzierung wird es eine Neuregelung geben, die das Aus für Großspenden bedeutet.

**Wir Steirer: Die personelle und inhaltliche Aufstellung für die kommende Nationalratswahl ist gut gelungen. Mit welchem Ziel gehen Sie in den Wahlkampf?**

**Die Krise, die wir durchgemacht haben, hat uns stärker gemacht. Und eine starke FPÖ ist wichtig.**

**Hofer:** Das Ibiza-Video war natürlich ein Schock. Ziel dieser Aktion sollte offenbar ein Absturz der FPÖ bei den EU-Wahlen sein. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Die Krise, die wir durchgemacht haben, hat uns stärker gemacht. Wir

haben Zusammenhalt bewiesen, als uns die ÖVP den Innenminister herausschießen wollte. Auch unsere treuen Wähler haben uns bei der EU-Wahl ihr Vertrauen geschenkt. Das hat uns noch zusätzlich zusammengeschweißt. Mit Herbert Kickl und mir stehen zwei wahlkampfpropte Kandidaten an der Spitze unserer Bewegung, die eine Reihe von qualifizierten Kandidaten anbieten kann. Ich denke, dass wir gestärkt aus der Wahl hervorgehen werden. Und eine starke FPÖ ist wichtig, um die Pläne der ÖVP für eine Koalition mit NEOS oder Grünen zu durchkreuzen.

Denn in einer solchen Koalition werden wohl die erfolgreichen Schritte der türkis-blauen Bundesregierung nach und nach wieder rückgängig gemacht – und das wäre schlecht für Österreich.

**Die einzige Partei, die bereits im Juni den Wahlkampf gestartet hat, ist die ÖVP.**

**Wir Steirer: Werden Sie im Wahlkampf auch die Grüne Mark besuchen?**

**Hofer:** Mit Sicherheit sogar. Einige wissen es ja, aber ich habe steirische Wurzeln und wurde in **Mario Kunasek und sein Team leisten hervorragende Arbeit.** Vorau geboren. Die Steiermark war bei den letzten Wahlen ein echtes freiheitliches Bollwerk. Mario Kunasek und sein Team leisten hervorragende Arbeit. Alleine, dass die Airpower wieder stattfindet, ist ein Verdienst von Mario Kunasek in seiner Zeit als Verteidigungsminister. Ich werde sicher oft in die Steiermark kommen. Zwei Wochen vor der Wahl wird ja auch der Bundesparteitag in Graz stattfinden.

**Wir Steirer: Herzlichen Dank für das Interview und viel Erfolg für die kommenden Herausforderungen!**

# Angriffe auf Spitals- mitarbeiter sind längst trauriger Alltag

**T**rotz zahlreicher Verbesserungspotentiale verfügt Österreich nach wie vor über eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Dafür sind in erster Linie die in den heimischen Arztpraxen und Krankenanstalten tätigen Mediziner und Pflegekräfte verantwortlich. Durch ihre aufopfernde Arbeit stellen sie sicher, dass kranke und verletzte Menschen bei Bedarf umgehend eine qualitativ hochwertige Versorgung erhalten. Umso erschreckender ist der Umstand, dass Übergriffe auf das steirische Krankenhauspersonal in den letzten Jahren massiv zugenommen haben.

## Übergriffe auf Spitalsmitarbeiter an der Tagesordnung

Wie sich aus der Beantwortung einer Anfrage der FPÖ durch Gesundheitslandesrat Christopher Drexler ergibt, wurden auch im vergangenen Jahr zahlreiche Gewaltdelikte in den heimischen Krankenanstalten begangen. So registrierte beispielsweise das LKH Hochsteiermark 36 Meldungen von Mitarbeitern über unangemessenes Verhalten von Patienten und Angehörigen, am LKH Feldbach-Fürstenfeld wurden 14 Beschwerden bezüglich verbaler und körperlicher Übergriffe gemeldet.

Trauriger Spitzenreiter war im Jahr 2018 erneut das LKH Graz II, wo 57 Vorfallerfassungen bezüglich verbaler und körperlicher Übergriffe registriert wurden. Doch auch Attacken gegen die sexuelle Integrität stellen keine Seltenheit mehr da. Konkret wurden Mitarbeiter des LKH Mürzzuschlag-Mariazell (zwei Fälle), des LKH Univ. Klinikum Graz (sechs Fälle) sowie des LKH Graz II (fünf Fälle) Opfer sexueller Übergriffe.

**Trauriger Spitzenreiter war im Jahr 2018 erneut das LKH Graz II, wo 57 Vorfallerfassungen bezüglich verbaler und körperlicher Übergriffe registriert wurden.**



## Multi-Kulti als zunehmendes Problem

Es kann mittlerweile selbst von den größten Zuwanderungsromantikern nicht mehr geleugnet werden, dass die unter SPÖ und ÖVP stattgefundene, unkontrollierte Massenzuwanderung der letzten Jahre auch zu einer wesentlichen Verschlechterung der Sicherheitslage in den heimischen Krankenanstalten geführt hat. Dies wird auch von Landesrat Drexler in dessen Anfragebeantwortung bestätigt. So haben etwa die Mitarbeiter des LKH Rottenmann-Bad Aussee den

**Am LKH Hochsteiermark mehren sich die Beschwerden von Pflegepersonal über Verbalattacken halbwüchsiger Jugendlicher mit Migrationshintergrund.**

Einsatz von Sicherheitspersonal gefordert, da sich ausländische Personen außerhalb der Regelbetriebszeit Zugang zum Spital verschafft haben.

Am LKH Hochsteiermark mehren sich die Beschwerden von Pflegepersonal über Verbalattacken halbwüchsiger Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Zudem äußerten Mitarbeiter des Krankenhauses in den letzten Jahren mehr

Beschwerden im Umgang mit fremdsprachigen Patienten und Angehörigen mit Migrationshintergrund sowie deren kulturell und religiös begründeten Handlungsweisen. Darüber hinaus wurde von Mitarbeitern des LKH Graz II gemeldet, dass im Spitalspark mit Drogen gedealt werde.

## Effektivere Schutzmaßnahmen sind mehr als überfällig

Angesichts der hohen Anzahl an Übergriffen muss ein effektiverer Schutz der Krankenhausmitarbeiter das Gebot der Stunde sein. Die FPÖ tritt in dieser

**Mehr Beschwerden im Umgang mit fremdsprachigen Patienten und Angehörigen mit Migrationshintergrund sowie deren kulturell und religiös begründeten Handlungsweisen.**

Hinsicht für den flächendeckenden Einsatz von Sicherheitspersonal in den steirischen Krankenanstalten ein. Darüber hinaus sollten Attacken auf Spitalsmitarbeiter härtere Strafen zur Folge haben.

In diesem Zusammenhang wäre jedenfalls anzudenken, dass Übergriffe auf die Belegschaft in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen strafrechtlich ähnlich geahndet werden wie Attacken auf Polizeibeamte. Schließlich sollte eines über alle Parteigrenzen außer Diskussion stehen: Beim Schutz unserer Spitalsmitarbeiter darf es keine Kompromisse geben!

## Kommentar LAbg. Arnd Meißl

(Gesundheitssprecher der FPÖ Steiermark)

*Bedauerlicherweise hat sich die Sicherheitslage in den steirischen Krankenanstalten in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Dies belegen nicht nur zahlreiche Gespräche mit Krankenhausmitarbeitern, sondern auch jene Zahlen und Daten, die wir aufgrund einer Anfrage an Gesundheitslandesrat Christopher Drexler in Erfahrung bringen konnten. Es muss leider festgehalten werden, dass wüste Beschimpfungen, körperliche Attacken und teils sogar sexuelle Übergriffe auf das Personal in steirischen Krankenanstalten zum Alltag gehören.*



*Zweifelsohne hat es Übergriffe auf Spitalsmitarbeiter immer schon gegeben. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass sich die Sicherheitslage in unseren Spitälern nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Anzahl von Patienten ausländischer Herkunft eklatant verschlechterte. Dies wird auch von der Landesregierung offiziell bestätigt. So empfinden Krankenhausmitarbeiter das Verhalten von Patienten mit Migrationshintergrund oftmals als fordernd und respektlos – insbesondere gegenüber Frauen. Zudem häufen sich die Beschwerden über kulturell und religiös begründete Handlungsweisen bzw. über Verbalattacken halbwüchsiger Jugendlicher mit Migrationshintergrund.*

*Was gilt es also zu tun? Zum einen muss das Personal bestärkt werden, sämtliche Übergriffe umgehend und ausnahmslos zu melden. Zum anderen bedarf es mehrerer, individuell auf die einzelnen Spitalstandorte zugeschnittener Maßnahmen. Zwei konkrete Ansätze wären beispielsweise flächendeckend eingesetztes Sicherheitspersonal und härtere Strafen bei Attacken auf Krankenhausmitarbeiter. Letztlich darf die heimische Politik erst dann zufrieden sein, wenn sich Spitalsmitarbeiter und Patienten in unseren Krankenanstalten zu jeder Zeit uneingeschränkt sicher fühlen können.*

# Rotes Chaos setzt sich auch im Asylsystem fort!

Fast 300 Millionen Euro Gesamtausgaben in den Jahren 2014 bis 2018: Trotz All-Inclusive-Versorgung gab es über zehn Millionen Euro Taschengeld und sechs Millionen Euro für Bekleidung. Gleich 656 Asylwerber tauchten seit Juli 2017 unter!

Die Freiheitlichen beantragten im Dezember des letzten Jahres dank ihrer eigenen Mandatsstärke die Prüfung der Abwicklung, des Vollzugs und der Kontrolle der Grundversorgung von Asylwerbern durch den Landesrechnungshof (LRH).

Obwohl den meisten Steirern der Mindestsicherungsskandal noch lange in den Knochen stecken wird, wartete der Landesrechnungshof bereits wenige Tage später mit der nächsten Hiobsbotschaft auf. Das steirische Asylwesen verschlang in den Jahren 2014 bis 2018 unglaubliche 295 Millionen Euro an Steuergeld. Allein diese Summe rechtfertigte aus freiheitlicher Sicht die Prüfung durch den LRH.

## WESENTLICHE KRITIKPUNKTE:

### Auszahlung auf Basis fragwürdiger Unterschriftenlisten

Die Auszahlung der Gelder an die Quartiergeber erfolgt auf Basis von Anwesenheitslisten. Diese wurden bei Kontrollen jedoch nur im Zeitraum des letzten Monats geprüft, Unterschriftenprobelblätter wurden überhaupt nur von einzelnen Asylheimen geführt. Das bedeutet, dass an privatwirtschaftlich geführte Unternehmen großteils immense Summen ausbezahlt wurden, die in keinerlei Hinsicht nachzuvollziehen waren. Unterschriften hätten damit auch bei Nichtanwesenheit oder im Voraus problemlos getätigt werden können. Somit herrscht neben der Mindestsicherung auch hier ein System vor, dass geradewegs zu falschen Abrechnungen einlädt und durch das Land nicht kontrollierbar ist.

### Zusatzleistungen in Bargeld trotz All-Inclusive-Versorgung!

Besonders befremden dürfte die heimischen Steuerzahler, dass Asylwerbern aus aller Herren Länder zusätzlich zu einer All-Inclusive-Versorgung von der roten Soziallandesrätin Doris Kampus insgesamt 10,3 Millionen Euro Taschengeld und weitere sechs Millionen Euro für Bekleidung zugebilligt wurden. Auch die Gebietskrankenkasse hatte Kosten in der Höhe von rund 34 Millionen Euro zu stemmen. Der Landesrechnungshof kritisierte das System der Barauszahlungen und empfahl personalisierte Gutscheine, was Kampus postwendend ablehnte. Medial wurde oftmals darauf hingewiesen, dass Bargeld direkt ins Ausland abfließt, wo die Verwendung keinerlei Kontrolle mehr unterliegt. Auch die Notwendigkeit der Re-Verstaatlichung des Asylwesens, um der Asylindustrie die Grundlage zu entziehen, wird durch den Bericht unterstrichen. So kassierte beispielsweise die Caritas in nur fünf Jahren immerhin rund 15,4 Millionen Euro.



Interview mit  
**LAbg. Mag. Stefan Hermann, MBL**  
(gf. Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs)

**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr gf. Klubobmann! Was befremdet Sie mehr: Die Millionenausgaben für Fremde aus aller Herren Länder oder die 656 abgetauchten Asylanten?**

**Hermann:** 656 untergetauchte Asylwerber zeigen ein grundsätzliches Problem in der Kontrolle der Anwesenheit auf. Während diese abgetauchten Fremden eine massive Bedrohung für die Sicherheit der heimischen Bevölkerung darstellen, geht aus diesen Zahlen noch gar nicht hervor, wie oft Asylwerber tageweise nicht in den Quartieren waren und trotzdem Gelder in Millionenhöhe an den Betreiber überwiesen wurden. Dies zeigt einmal mehr, wie wichtig die von uns geforderten Kontrollen und eine Anwesenheitspflicht während der Nachtstunden wären.

**Wir Steirer: Welche weiteren Probleme haben Sie im sozialistischen Asylchaos von Landesrätin Kampus ausgemacht?**

**Hermann:** Ähnlich wie nun der Landesrechnungshof kritisieren wir seit Jahren die direkt an Asylanten ausbezahlten Gelder. Niemand weiß, wofür diese verwendet werden. Fragwürdige oder kriminelle Aktivitäten – Stichwort Terrorismusfinanzierung – stellen die heimischen Behörden seit langem vor schwerwiegende Herausforderungen.

**Wir Steirer: Welche Lösungswege können Sie der bisher stets beratungsresistenten SPÖ-Landesrätin aufzeigen?**

**Hermann:** Landesrätin Kampus wird einsehen müssen, dass ihr „steirischer Weg“ im Flüchtlingswesen wohl oder übel der falsche war und ins Chaos führte. Aufgrund der Tatsache, dass Unterschriftenlisten als Grundlage für die Auszahlung von Steuergeld herangezogen werden, könnten wir uns hier die Anschaffung von Fingerabdruckscannern vorstellen, um eine eindeutige Identifizierung der Grundversorgten sicherzustellen. Zudem darf es keine Barauszahlungen mehr geben, stattdessen soll ein vom LRH empfohlenes personalisiertes Gutscheinsystem eingeführt werden. Wir Freiheitliche werden in dieser Sache nicht lockerlassen und uns dafür einsetzen, dass heimisches Steuergeld endlich wieder für bedürftige Steirer verwendet wird, anstatt dieses bedenkenlos Fremden und der sie versorgenden Asylindustrie zuzuschieben.

**Gesamtausgaben von 750 Millionen Euro für Mindestsicherung und Grundversorgung!**

Es ist kaum zu fassen, wie leichtfertig innerhalb weniger Jahre in zwei Bereichen, nämlich Mindestsicherung und Grundversorgung, immense Ausgaben von rund 750 Millionen Euro getätigt wurden. Als soziale Heimatpartei hat sich die FPÖ stets dafür eingesetzt, dass Steuermittel in erster Linie bei Österreichern und nicht bei Asylanten oder den Betreibern von Asylheimen landen. Anstatt die Asylindustrie mit lukrativen Verträgen und über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehenden Geldmitteln zu bedienen, muss heimisches Steuergeld endlich wieder für bedürftige Steirer verwendet werden. Explodiert sind die Kosten im steirischen Asylwesen dank der rot-schwarzen Willkommensklatzler und deren toleranzromantischer Politik, die die Versorgung jedes vermeintlichen Flüchtlings über das Wohl der heimischen Bevölkerung stellte. Der Bericht des Landesrechnungshofs verwundert insofern nicht, war doch Doris Kampus an vorderster Front der Gutmenschen, die mittels einer Menschenkette rund um das Landhaus sogar das Asylchaos des Jahres 2015 zelebrierten.



LAbg. Mag. Stefan Hermann, MBL  
LandesparteiSekretär und  
gf. Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs

**Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!**



# POLITISCHER AUFWECKER:

## In der Zuwanderungspolitik zeichnet sich ein fataler Sinneswandel ab

Die von ÖVP-Chef Sebastian Kurz einseitig aufgekündigte türkis-blaue Koalition zählte von Beginn an zu den beliebtesten Bundesregierungen seit Jahrzehnten. Und entgegen der Hoffnung der linken Opposition änderte sich an dieser Tatsache auch im Laufe der Monate wenig. Ganz im Gegenteil wuchs die Zustimmung seitens der Bevölkerung immer weiter an. Dieser Umstand bereitete den vereinigten Regierungsgegnern mehr und mehr Kopfzerbrechen. Schließlich gründete die Beliebtheit der Regierung gerade auf jener Vorgehensweise, die von den vermeintlichen Gutmenschen am meisten verabscheut und seit Jahren bekämpft wurde: Einer restriktiven Zuwanderungs- und Asylpolitik.

So war es zweifelsohne der von FPÖ-Innenminister Herbert Kickl konsequent geführte Kampf gegen Asylmissbrauch sowie illegale Migration, der beim österreichischen Volk auf großen Zuspruch stieß und die Beliebtheitswerte der türkis-blauen Koalition stark ansteigen ließ. Erstmals seit Jahrzehnten gab es einen Innenminister, der sich ausschließlich den Anliegen der heimischen Bevölkerung und nicht irgendwelchen Interessen kleiner, aber umso lauterer Gruppen von Willkommensklatschern und Globalisierungsfanatikern sowie der Asylindustrie verpflichtet sah. Als Resultat erhöhte sich die Zahl der Abschiebungen eklatant, der Kampf gegen organisierte Kriminalität wurde intensiviert und islamistischen Umtrieben wurde rigoros begegnet.



Bedauerlicherweise war es mit diesem Kurs in jenem Moment vorbei, als ÖVP-Obmann Sebastian Kurz aus machtpolitischen Überlegungen heraus die Entlassung von Innenminister Kickl begehrte. Wohin die Reise in der Migrationspolitik ohne FPÖ-Regierungsbeilegung gehen wird, daran bestand bereits wenige Tage nach Beendigung der türkis-blauen Koalition wenig Zweifel: Aus den Ausreisezentren wurden wieder Erstaufnahmezentren, die Herkunft von ausländischen Straftätern wird wieder verschwiegen, ein schärferes Vorgehen gegen Drogenlenker abgesagt, islamische Schulkinder erhalten vier zusätzliche freie Schultage und die Abschiebung von abgelehnten Asylwerbern wird offen in Frage gestellt.

Es zeichnet sich somit schon wenige Wochen nach dem Ausscheiden der FPÖ aus der Bundesregierung ein fataler Sinneswandel in der Asyl- und Zuwanderungspolitik ab. Die bereits gesetzten Maßnahmen könnten jedoch erst der Anfang gewesen sein, insbesondere wenn es nach der Wahl im Herbst zu einer Regierungszusammenarbeit zwischen ÖVP und NEOS und/oder Grünen kommen sollte. Über die dann anstehende Migrationspolitik mögen sich vielleicht weltfremde Willkommensklatscher freuen – der Großteil der Österreicher wohl eher weniger...



## Verteidigungsminister der Übergangsregierung torpediert wertvolle Maßnahmen für das Bundesheer und die Steiermark

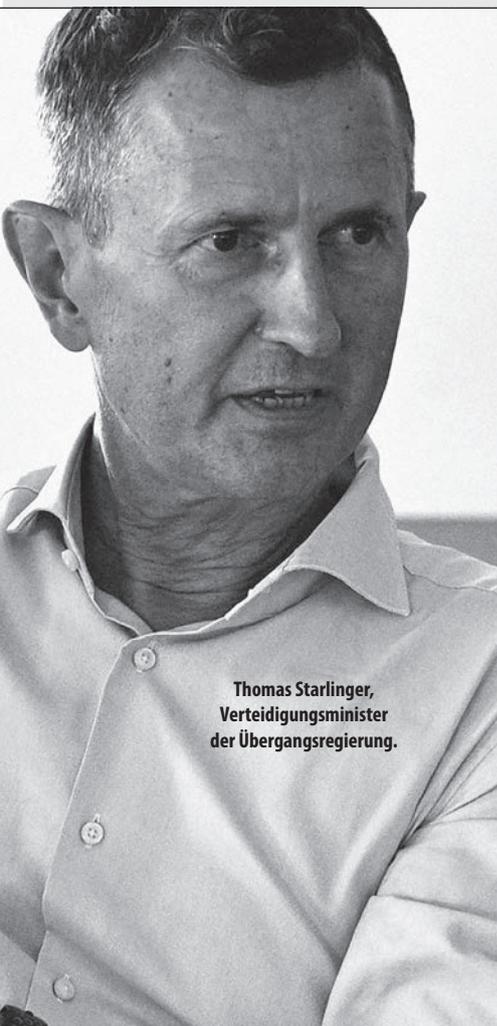


### Pläne für Sicherheitsschule in Wiener Neustadt und Airpower 2019 konnten gerettet werden

Der ehemalige FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek etablierte als Ersatz für das Militärrealgymnasium in Wiener Neustadt eine Sicherheitsschule, die mit kommendem Schuljahr in Betrieb gehen sollte. Der neue Minister Thomas Starlinger wollte dieses Vorhaben ebenso absagen, wie die geplante Airpower 2019. Beide Projekte stellen wich-

## SICHERHEITSSCHULE





Thomas Starlinger,  
Verteidigungsminister  
der Übergangsregierung.



Foto: Bundesheer

## AIRPOWER

tige Investitionen in die dortigen Regionen dar und konnten nicht zuletzt dank des heftigen Widerstands von Seiten der künftigen Schüler bzw. der regionalen Bevölkerung gerettet werden.

### Große Verunsicherung bei weiteren wichtigen Maßnahmen

Im Zuge der „Heeresgliederung neu“ sollten die Truppen auf der operativen Ebene sowie



Foto: Bundesheer

## PIONIER- UND SICHERUNGSKOMPANIEN

die Führungsfähigkeit und Verantwortung der Militärkommanden deutlich gestärkt werden. Neun Pionier- und Sicherungskompanien, direkt den Militärkommanden unterstellt, sollten in den Bundesländern aufgestellt werden, um besser für regionale Assistenzeinsätze im Katastrophenfall gewappnet zu sein. Diese Pläne werden nun jedoch aus Kostengründen ausgesetzt. Doch gerade für die Steiermark ist das Kostenargument nicht zutreffend, da die personelle und räumliche Infrastruktur zum Großteil bereits vorhanden ist. Für den Katastrophenschutz wäre die geplante Pionier- und Sicherungskompanie eine wertvolle und sinnvolle Verstärkung, um den von Natur- und Umweltkatastrophen betroffenen Menschen rasch Schutz und Hilfe zu gewähren.

## HEERESMUNITIONSLAGER IN HIEFLAU

Im August sollte das Heeresmunitionslager in Hieflau mit zehn neuen Arbeitsplätzen aufgewertet werden, was für die von Abwanderung betroffene Region eine entscheidende Stärkung bedeutet hätte. Auch dieses Projekt wurde vom neuen Minister gestoppt.

Ende des Jahres 2018 stimmte das Finanzministerium der Nachbeschaffung der Alouette III sowie von S-70 „Black Hawk“ Hubschraubern zu, womit die Sonderfinanzierung des Hubschrauberpakets von FPÖ-Minister Kunasek in einem Gesamtvolumen von rund 380 Millionen Euro bestätigt wurde.



Foto: Bundesheer

## HUBSCHRAUBERPAKET

Die Nachbeschaffung von zwölf neuen Mehrzweckhubschraubern sowie mehreren Schulungshubschraubern ist insbesondere für den Standort Aigen und die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres von großer Bedeutung. Dennoch sorgt der aktuelle Verteidigungsminister für Unsicherheit und verzögert den laufenden Beschaffungsvorgang.

### Angespannte Budgetsituation seit Jahren bekannt

Auch Mario Kunasek wies in seiner Zeit als Verteidigungsminister immer wieder auf die angespannte Budgetsituation hin, konnte jedoch in harten Verhandlungen die Finanzierung von wichtigen Investitionen sicherstellen. Es ist völlig unverstänlich, warum der Interims-Verteidigungsminister nun konsequent bereits auf den Weg gebrachte Maßnahmen torpediert.

# Tatort Schule: Lehrer fordern Sanktionen gegen aggressive Schüler

In jüngster Vergangenheit häuften sich Fälle von Mobbing, handgreiflichen Konflikten und Gewalttaten in heimischen Schulen. Immer öfter kommt es zu Streitigkeiten sowohl zwischen Schülern untereinander als auch zwischen Schülern und Pädagogen.

## Lehrer monatelang von Schülern schikaniert

Anfang Mai hat ein Vorfall an einer Wiener HTL für großes Aufsehen und Empörung gesorgt, bei dem ein Konflikt zwischen einem Pädagogen und seinen Schülern derart ausartete, dass der Lehrer einen Jugendlichen bespuckte und daraufhin von diesem gegen die Tafel gestoßen wurde. Handyaufnahmen belegen, wie der Lehrer von Schülern unter einem Tisch kauern mit Papierkugeln beworfen, mit einer Trillerpfeife traktiert oder von mehreren Schülern eingekesselt wurde. Offenbar erstreckte sich der Konflikt über mehrere Monate, der Pädagoge soll schon länger von seinen Schülern, großteils mit Migrationshintergrund, schikaniert worden sein und habe sich gegen diese nicht durchsetzen können.

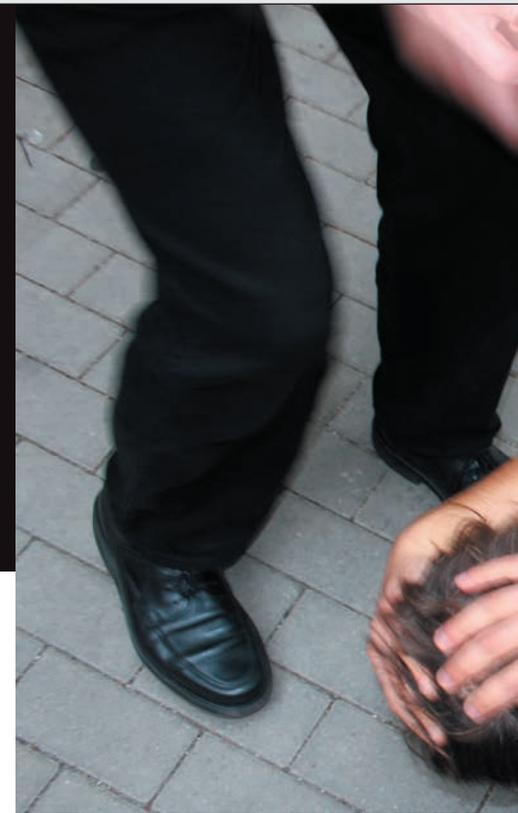
## Handgreifliche Konflikte in ganz Österreich

Neben diesem Vorfall tauchte ein weiteres Gewaltvideo an der HTL in der Wiener Leberstraße auf, das ebenfalls eine Auseinandersetzung eines Schülers mit dessen Lehrer zeigt. In einer Linzer Schule hat ein 17-Jähriger laut Angaben der Polizei eine Klassenkollegin gewürgt und einen 14-Jährigen mit einem Messer bedroht. In einer anderen oberösterreichischen Schule griff ein aus der Türkei stammender zwölfjähriger Schüler zur Schere und drohte seinem Lehrer mit dem Umbringen. Auch in der Steiermark ist vor

kurzem ein Übergriff eines Lehrers gegen einen Volksschüler bekannt geworden: Ein 62 Jahre alter Lehrer soll einem Achtjährigen, der den Unterricht störte, mit der Hand ins Gesicht geschlagen haben.

## Zahl der Gewalttaten in Schulen erreicht neuen Rekordwert

Die Zahl angezeigter Gewalttaten in steirischen Bildungseinrichtungen erreichte im vergangenen Jahr einen neuen Höchstwert. Wurden in der Steiermark im Jahr 2014 noch 26 Gewalttaten zur Anzeige gebracht, schnellte diese Zahl ein Jahr später bereits



auf 140 hoch. Im Jahr 2016 wurden 152 Fälle angezeigt, 2017 waren es 149 Vorfälle. Unter den Straftaten befinden sich neben leichter bis schwerer Körperverletzung auch Nötigung, gefährliche Drohung und Raub sowie sexuelle Belästigung, schwerer sexueller Missbrauch und Vergewaltigung. Vergangenes Jahr stieg die Zahl an Gewaltdelikten abermals enorm an, nämlich auf

## Angezeigte Gewalttaten in steirischen Schulen



**Kommentar**  
**LAbg. DI Hedwig Staller**

(Bildungssprecherin der FPÖ Steiermark)

**„Härteres Durchgreifen bei Gewalt in Schulen“**

Die mediale Berichterstattung in den letzten Wochen bestätigte unglaubliche Vorgänge in Österreichs Klassenzimmern. Was Lehrer in heimischen Klassen teilweise mitmachen, ist schlichtweg schockierend! Die Zahl der angezeigten Gewalttaten in steirischen

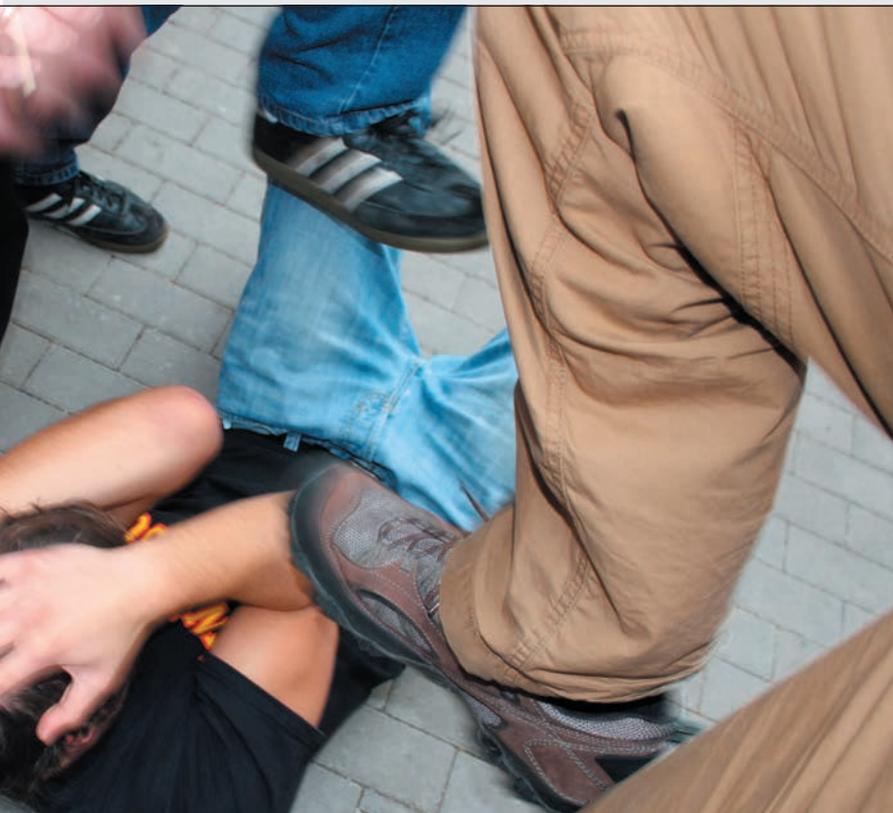


Schulen ist nach wie vor im Steigen begriffen und erreichte im vergangenen Jahr einen neuen Rekordwert von 210 Anzeigen. Im Vergleich zum Jahr 2014 (26 Anzeigen) haben sich diese auf das Achtfache (!) erhöht.

Diese Negativentwicklung belegt, dass die über Jahrzehnte von der links dominierten Bildungspolitik vorgegebene Weichspül-Pädagogik in vielen Schulen nicht greift. Angesichts des zunehmenden Gewaltpotenzials in steirischen Schulen ist es ein Gebot der Stunde, dieser Problematik mit effektiven Maßnahmen zu begegnen. Anstatt jedoch ausschließlich Pädagogen zu denunzieren und ihnen vorzuwerfen, sie können mit verhaltensauffälligen oder aggressiven Jugendlichen nicht umgehen, sollte der Blick vielmehr auf gewalttätige Schüler gerichtet werden. Es muss Sanktionsmöglichkeiten geben, bevor es zur Eskalation kommt. Dafür brauchen Pädagogen auch den notwendigen Rückhalt, um entsprechende Sanktionen setzen zu dürfen, ohne gleich verteufelt zu werden.

In diesem Zusammenhang darf auch nicht geleugnet werden, dass vor allem viele aus Migrantenfamilien stammende Schüler ein massives Autoritätsproblem mit Lehrkräften haben. Den betroffenen Kindern und Eltern muss klargemacht werden, dass Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Lehrern in Österreich nicht toleriert werden. Wenn Kinder und Jugendliche aus fremden Kulturen nicht fähig sind, sich an unsere Verhaltensweisen anzupassen und stattdessen regelmäßig gewalttätig werden, dann muss diesen in Erziehungscamps angemessenes Verhalten beigebracht werden.

Es ist höchst an der Zeit, diesem mittlerweile allgegenwärtigen Problem in heimischen Bildungseinrichtungen entgegenzuwirken. Mit sogenannten Erziehungscamps und empfindlichen Strafen für Eltern von gewalttätigen Problemschülern sollen brutale Übergriffe in unseren Schulen ein Ende finden.



210 Anzeigen, was einen Anstieg von mehr als 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahreswert bedeutet.

**Lehrer fordern Sanktionen gegen Gewalt in Schulen**

Die zahlreichen Vorfälle führten zu einer breiten Diskussion über Gewalt an Österreichs Schulen. Immer mehr Pädagogen beklagen die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten gegen aggressive Schüler. Insbesondere nach den unlängst bekanntgewordenen Übergriffen drängen Lehrer vermehrt auf mehr Schulsozialarbeit und Maßnahmen gegen gewalttätige Jugendliche.

**Erziehungscamps für gewalttätige Schüler und Geldstrafen für Eltern**

Aufgrund der erschreckenden Entwicklung fordert die FPÖ Steiermark die Einführung von Erziehungscamps für stark auffällige und gewaltbereite Jugendliche.

Unverbesserliche Störenfriede sollen aus ihren Klassenverbänden herausgenommen und intensiv von Sozialarbeitern oder Psychologen betreut werden können. Zudem muss die Verantwortung der Erziehungsberechtigten in den Fokus gerückt werden.

Eltern, deren Kinder in der Schule regelmäßig gewalttätig werden, und die nachweislich nichts dagegen unternehmen, sollten mit Strafen von bis zu 660 Euro zur Kasse gebeten werden. Der vorgeschlagene Strafraum orientiert sich am Betrag, der beim Schulschwänzen für die Erziehungsberechtigten fällig wird und soll zukünftig auch bei Disziplinlosigkeit, Gewalt oder Vandalismus zur Anwendung gebracht werden.

Dadurch kann Gewalttaten in Bildungseinrichtungen ein Ende gesetzt werden.



# KURZ NOTIERT

## Heimatkunde an Volksschulen



Der 3. LT-Präs. Dr. Gerhard Kurzmann und der Grazer FPÖ-Klubobmann Armin Sippel fordern, das Unterrichtsfach „Heimatkunde“ an Volksschulen wiedereinzuführen und erachten die Landeshauptstadt als geeignete Pilot- und Partnerregion dafür.

Die Freiheitlichen beantragten im Februar 2019 die Wiedereinführung des Heimatkundeunterrichts an Volksschulen, um natürlich gewachsene Werte und Traditionen – sowohl im Bildungswesen als auch im gesellschaftlichen Miteinander – wieder stärker zu verankern.

Die Landesregierung unter ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer erklärte sich kurzerhand für unzuständig und verwies auf die Bildungsziele der Volksschulen, die unter anderem die Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen Kulturgut und interkulturelles Lernen zum Inhalt haben.

Anstatt sich in multikulturellen Fantasien zu verlieren, hätte man besser dem Antrag der FPÖ mit dem Ziel, die Vermittlung und die Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur zu ermöglichen, die Zustimmung erteilen sollen.



Im Bild (v.l.n.r.): Prim. Prof. Dr. Günter Nebel, Botschafter Ivan Stoyanov Sirakov, 2. LT-Präs. Manuela Khom und 3. LT-Präs. Dr. Gerhard Kurzmann

## Enthüllung Gedenktafel

Ende Juni fand in der Villa Hartenau in Graz die Enthüllung einer Gedenktafel für Prinz Alexander Joseph von Battenberg statt.

## Besuch aus Kärnten



Anlässlich des 66. Österreichischen Gemeindetages besuchte eine Delegation aus Kärnten den Landtag Steiermark. Bürgermeister Klaus Glanznig aus Treffen am Ossiacher See und 2. Bürgermeister-Stellvertreter DI Bernhard Gassler übergaben 3. LT-Präsidenten Dr. Gerhard Kurzmann ein Präsent: „Der Ossiacher See zwischen gestern und heute.“

## Landtag Niedersachsen in Graz



Im Bild (v.l.n.r.): Christopher Emden, MdL, Stefan Henze, 3. LT-Präs. Dr. Gerhard Kurzmann und LAbg. DI Gerald Deutschmann

Ein ausgefülltes Besuchsprogramm in der Steiermark absolvierten die Mitglieder einer Delegation des Landtages Niedersachsen in der Steiermark. Auch zu Fragen der Kulturpolitik sowie zur Bau- und Raumordnung wurden Fachgespräche geführt.

# Förderungs- bericht 2018



Im vergangenen Jahr schüttete das Land Steiermark über 860 Millionen Euro an Förderungen aus – und damit um rund 15 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Besonders kritisch sehen die Freiheitlichen die erneut hohen Förderungen für Organisationen, deren tatsächlicher Mehrwert für die heimische Bevölkerung schwer erkennbar ist, wie beispielsweise für den Ausländerhilfsverein „Zebra“ oder für das „Afro-Asiatische Institut Graz“.

Anstatt jedes Jahr Millionenbeträge für teils nicht nachvollziehbare Projekte auszuschiütten, sollte die schwarz-rote Landesregierung endlich ihr Versprechen erfüllen und den

Förderdschungel lichten. Zur effektiven Bekämpfung von Doppel- und Dreifachförderungen wäre es enorm wichtig, die Transparenzdatenbank des Bundes endlich mit Datenmaterial zu befüllen. Es muss gewährleistet werden, dass Fördernehmer nicht auf mehreren Ebenen für die teils selben Projekte unverhältnismäßig hohe Subventionen erhalten. Weiters wird eine tiefgreifende Evaluierung aller Förderungen auf deren Sinnhaftigkeit und Mehrwert für die Steiermark gefordert. Besonders skurril in diesem Zusammenhang ist eine Förderung über 40.000 Euro für ein Kaffeekränzchen für Migranten. Nicht nachvollziehbar sind auch hunderttausende Euro an Förderung für die Vereine „ISOP“, „OMEGA“ sowie „Zebra“.

Exakt 860.228.319,63 Euro gab das Land im Jahr 2018 für Förderungen unterschiedlichster Art aus. Die meisten Förderungen flossen wie im Jahr 2017 in die Bereiche Energie, Wohnbau und Technik, Bildung und Gesellschaft sowie Gesundheit und Pflege.

Eine Vielzahl der ausbezahlten Förderungen haben zweifelsohne ihre Berechtigung, da es sich um sinnvolle und dringend notwendige Maßnahmen gehandelt hat. Nichtsdestotrotz sind die Hintergründe der im Vergleich zu 2017 um rund 15 Millionen Euro gestiegenen Förderungen aufklärungsbedürftig.

## AUSZUG AUS DEM FÖRDERUNGSBERICHT DES LANDES

Verein Frauenservice Graz - .Femmes-Tische: Migrantinnen sprechen über Gesundheit, Lebensalltag und Familie	40.000,00
ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH - Verein ISOP GmbH, Sprachförderproj. Sept. 2017 - Juli 2018 „Sprachzauber“	112.469,34
Radio Helsinki, Verein Freies Radio Steiermark - Integration on air - Integration und Diversität durch Freies Radio 2018	5.000,00
ZEBRA - Interkulturelles Beratungs- und Therapiezentrum - ZEBRA - Therapie- und Gesundheitsangebote für Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen in der Steiermark	117.600,00



Mario Kunasek und Stefan Hermann führen den Freiheitlichen Landtagsklub an.

## Mario Kunasek als neuer Klubobmann angelobt

Die personellen Veränderungen, bedingt durch die Sprengung der türkis-blauen Koalition durch Altkanzler Kurz, hatten zur Folge, dass Verteidigungsminister Mario Kunasek politisch wieder ganz in die Steiermark zurückkehrte. Im Zuge der am 28. Mai stattgefundenen Landtagssitzung nahm er sein Mandat als Landtagsabgeordneter wieder an. Per einstimmigem Beschluss des Landespartei Vorstandes führt er die steirischen Abgeordneten nun erneut als Klubobmann an. Ein besonderer Dank ergeht an Landesgeschäftsführer Anton Kogler, welcher von sich aus sein Landtagsmandat zurückgelegt hat, damit Mario Kunasek wieder die Bühne der Landespolitik betreten konnte. Der bisherige Klubobmann und Landespartei sekretär Stefan Hermann wird zukünftig als geschäftsführender Klubobmann im Landtag unterstützend tätig sein und gemeinsam mit Mario Kunasek als Abgeordneter die freiheitlichen Interessen hochhalten.

## Obmannwechsel bei Landesjugendtag des RFJ Steiermark



Der neue Landesobmann Michael Wagner (1. Reihe Mitte) mit dem neugewählten Landesvorstand des RFJ-Steiermark.

Mehr als 80 Delegierte und Ehrengäste fanden sich am 15. Juni im Trauteum in Bad Gleichenberg ein, um die Weichen für die Zukunft des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) Steiermark zu stellen. Neben FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek fanden sich auch der geschäftsführende Klubobmann im Landtag Stefan Hermann, FPÖ-Bezirksparteiobmann Walter Rauch sowie zahlreiche weitere Funktionäre der FPÖ ein, um gemeinsam mit der freiheitlichen Jugend den 35. Landesjugendtag zu begehen. Dabei kam es zu einem Wechsel an der Spitze des RFJ.

Die bisherige Landesobfrau Landtagsabgeordnete Liane Moitzl stellte ihre Funktion zur Verfügung und wird sich künftig auf ihr Landtagsmandat fokussieren sowie im steirischen Landtag weiterhin Jugendthemen in den Vordergrund rücken. Dem RFJ wird sie aber weiterhin sehr eng verbunden bleiben. In geheimer Abstimmung wurde anschließend Michael Wagner, bisher Landesgeschäftsführer des RFJ und Gemeinderat in Bad Gleichenberg, von allen anwesenden Delegierten einstimmig zum neuen Landesobmann gewählt. Als Landesobmann-

Stellvertreter werden in Zukunft Oliver Brunnhofer ((Bruck-Mürzzuschlag), Gerhard Hirschmann (Leibnitz) sowie David Wilfling (Graz-Umgebung) fungieren. Brunnhofer wurde vom neuen Landesvorstand zeitgleich zum neuen geschäftsführenden Landesobmann, Wilfling zum Landesgeschäftsführer bestellt. In seinen Schlussworten bedankte sich Wagner für das große Vertrauen und zeigte sich kämpferisch. In den nächsten Monaten hat die FPÖ drei große Wahlen in der Steiermark zu schlagen und der RFJ wird sich daran mit aller Kraft beteiligen.



FPÖ-Landesparteiobermann Mario Kunasek und der geschäftsführende Klubobmann Stefan Hermann verschenken Schultaschen an sozial benachteiligte Taferlklassiker.

## Erneute Schultaschenaktion der FPÖ Steiermark

Der erste Schultag kommt für viele Schulanfänger schneller als gedacht. Da dieser für zahlreiche Eltern eine massive finanzielle Belastung darstellt, riefen FPÖ-Landesparteiobermann Mario Kunasek und der geschäftsführende Klubobmann Stefan Hermann im vergangenen Jahr eine Sommeraktion ins Leben, um sozial schwächer gestellten Familien unter die Arme zu greifen. Dabei wurden in der gesamten Steiermark Schultaschen inklusive Schreibutensilien vergeben und diese von regionalen FPÖ-Abgeordneten persönlich überbracht. Mit dieser Aktion gelang es den Freiheitlichen einmal mehr ihrem Auftrag als soziale Heimatpartei zu entsprechen. Aufgrund des großen Erfolges wird diese Aktion auch im heurigen Jahr umgesetzt. Für nähere Informationen steht Ihnen unser Bürgerbüro gerne zur Verfügung: [mkunasek@fpoe-stmk.at](mailto:mkunasek@fpoe-stmk.at)

# Glyphosatverbot endlich auf Schiene



Die FPÖ, allen voran FPÖ-Umweltsprecher NAbg. Walter Rauch, setzt sich seit langem für ein Verbot von Glyphosat ein, das nun gemeinsam mit der SPÖ im Nationalrat beschlossen wurde. Es handelt sich dabei um den in Österreich am häufigsten eingesetzten Unkrautvernichter.

Zahlreiche Studien belegen, dass die Chemikalie eine Gefahr für die Umwelt und unsere Gesundheit darstellt. Sogar die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft

Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein, denn Anwender erkranken häufiger an Lymphdrüsenkrebs. In den USA gibt es aktuell rund 13.400 Klagen gegen den Hersteller Monsanto, der auch bereits zu horrenden Schadenersatzzahlungen verurteilt wurde. Monsanto stand auch im Verdacht Forscher und Studien manipuliert zu haben. Die Freiheitlichen sahen sich daher in der Verantwortung, die Notbremse zu ziehen. Die Gesundheit der Menschen ist wichtiger als Agrarkonzerne.



NAbg. Walter Rauch



**Mario Kunasek**  
Landesparteiobmann

# **VOLLE KRAFT FÜR DIE STEIERMARK JETZT ERST RECHT!**

**Mehr Fairness und soziale Gerechtigkeit für die Steirer!**

- 👍 Neues Sozialhilfe-Grundsatzgesetz umsetzen**
  - Behebung aller vom Rechnungshof aufgezeigten Missstände
  - Umsetzung der neuen und strengeren Bestimmungen zur Vermeidung von Sozialtourismus
- 👍 Schluss mit der Willkommenspolitik**
  - Max. 1,50-Euro-Entscheidung für Asylwerber im gemeinnützigen Hilfsdienst
  - Freiw. Sozialleistungen für Asylwerber einschränken
- 👍 Gesundheitsversorgung sichern**
  - Bewährte Spitalsstandorte weiter erhalten
  - Effektive Maßnahmen gegen den Ärztemangel